STADT NORDHAUSEN
DER OBERBÜRGERMEISTER

Datenschutzinformationen nach Art. 13 DS-GVO zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Bauleitplanung und von Satzungen nach dem Allgemeinen Städtebaurecht

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlicher: Stadt Nordhausen, Der Oberbürgermeister, Markt 1, 99734 Nordhausen

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Amt für Stadtentwicklung – Sachgebiet Stadtentwicklung
Telefon 03631 696 – 9465, FAX 03631 696 – 87465, E-Mail bauleitplanung@nordhausen.de bzw.
Telefon 03631 696 – 9357, FAX 03631 696 – 87357, E-Mail stadtplanung@nordhausen.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Stadt Nordhausen, Datenschutzbeauftragter, Markt 1, 99734 Nordhausen
Kontakt: Telefon: 03631 696 – 477, E-Mail: datenschutz@nordhausen.de

3. Rechtmäßigkeit und Zwecke der Datenverarbeitung

Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ergibt sich aus Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO in Verbindung mit § 16 Abs. 1 ThürDSG.

Ihre personenbezogenen Daten werden ausschließlich zum Zweck der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen (Flächennutzungsplan, Bebauungsplan) sowie Satzungen gemäß § 34 Abs. 4 und § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch verarbeitet. Die Verarbeitung der Daten erfolgt dabei insbesondere zur Wahrnehmung der Pflichten der Stadt, im Rahmen der Planungshoheit eine geordnete städtebauliche Entwicklung und Ordnung zu sichern. Im Rahmen dieser Verfahren sind das Planerfordernis und die Auswirkungen der Planung zu ermitteln und die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Dazu erfolgt eine Erhebung personenbezogener Daten, soweit dies zur Ermittlung der abwägungsrelevanten Belange erforderlich ist.

Die Erhebung erfolgt u.a. durch Untersuchungen der Stadtverwaltung oder im Auftrag der Stadtverwaltung durch Dritte, durch eingehende Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der gesetzlich geforderten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligungen sowie ggf. durch zusätzliche informelle Öffentlichkeitsbeteiligungsformate.

Da die abschließende Beschlussfassung über den Umgang mit den Stellungnahmen (Abwägungs-entscheidung) nach der Rechtsprechung durch den Stadtrat zu erfolgen hat, werden die personenbezogenen Daten, die für die Gewichtung und Abwägung der Belange erforderlich sind, dem Stadtrat vorgelegt. Die Verarbeitung von Adressdaten ist erforderlich, um der Pflicht zur Mitteilung des Abwägungsergebnisses nachzukommen. Die Gewährleistung eines Rechtsschutzes im Rahmen einer gerichtlichen Prüfung erfordert die dauerhafte Speicherung personenbezogener Daten.

4. Art der erhobenen Daten, Rechtsgrundlage

Art der Daten: Die aus den o.g. Stellungnahmen hervorgehenden Angaben und die personenbezogenen Daten wie dem Vornamen, Nachnamen, der Adresse und sonstigen Kontaktdaten (bspw. Emailadresse) sowie jene personenbezogenen Daten, die städtebaulich und bodenrechtlich relevant sind werden, verarbeitet.

Rechtsgrundlage: § 1 Abs. 3, § 1 Abs. 7, § 2 Abs. 3, § 3 (insb. § 3 Abs. 2 Satz 4 2. Halbsatz), § 4a Abs. 3, § 34 Abs. 6, § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Ihre personenbezogenen Daten erhält innerhalb der Stadtverwaltung das Sachgebiet (SG) Stadtentwicklung. Im Rahmen der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen und dem Umgang mit den vorgetragenen Belangen kann die Weitergabe der Daten an weitere interne Fachämter notwendig werden. Hier sind insbesondere das SG Recht/Versicherungen, das Bauordnungsamt, das SG Tiefbau und das SG Straßenverkehrsbehörde u. Vollzugsdienst zu nennen.

Darüber hinaus werden Ihre Daten ggf. weitergegeben an:

- die Mitglieder des Stadtrates und der Ortsteilräte im Rahmen der Bauleitplanung,
- die Höhere Verwaltungsbehörde gemäß § 10 Abs. 2 BauGB zur Prüfung des Bauleitplanes bzw. Satzung auf Rechtsmängel,
- das zuständige Gericht zur Überprüfung der Wirksamkeit von Bauleitplänen oder Satzungen nach §§ 34 bzw. 35 BauGB,
- Dritte (z.B. Stadtplanungsbüro), denen zur Beschleunigung die Vorbereitung und Durchführung von Verfahrensschritten übertragen wurde gemäß § 4b BauGB

6. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

Die konkrete Speicherdauer kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht angegeben werden. Daher werden die Daten solange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Auch nach Ablauf der Fristen für eine gerichtliche Überprüfung (z.B. Normenkontrollklage) kann z.B. im Rahmen eines bauordnungsrechtlichen Verfahrens die Bauleitplanung oder einer sonstigen Satzung einer inzidenten Prüfung unterzogen werden. Eine dauerhafte Speicherung der von Ihnen zur Verfügung gestellten Daten in der betreffenden Verfahrensakte ist deshalb erforderlich.

7. Ihre Rechte

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie folgende Rechte:

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Ihre Sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über die personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung der Sie betreffenden unrichtigen personenbezogenen Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B., wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B., wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln (Art. 20 DS-GVO).

Sollten zu den erforderlichen personenbezogenen Daten wie Name, Adresse usw. auch weitere nicht unbedingt für die Bearbeitung erforderlich Daten wie E-Mailadresse oder Telefonnummer (freiwillige Daten) verarbeitet werden, haben Sie das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen freiwilligen Daten Widerspruch (Art. 21 DS-GVO) einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr. Ihren Widerspruch richten Sie bitte an o.g. innerorganisatorischen Verantwortlichen.

Sie haben das Recht, Beschwerde gegen die Verarbeitung Ihrer personengebundenen Daten beim Thüringer Landesbeauftragten für Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstr. 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de) zu erheben (Beschwerderecht).